

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

24.1.1931 (No. 20)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. b.
Karlsruhe

Wesungspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummern 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rohsatz, der als Kassensatz gilt und bevorzugen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Zeitung zu senden. Wöchentliche Staatsanzeiger, Karlsruher Zeitung, Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der Rohsatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Kongerne und Krusts in Baden

Im Obwohl im Reichstag und in der Tagespresse in den letzten Jahren wiederholt der Wunsch geäußert worden ist, einwandfreies Zahlenmaterial über Zahl und örtliche Verteilung der Kongerne und Krusts im Deutschen Reich zu erhalten, hat man sich in Deutschland zur allgemeinen Einführung einer solchen Statistik bei den in Frage kommenden Ämtern noch nicht entschließen können. Das einzige Land, das unseres Wissens seit zehn Jahren Kongerne, Krusts und Interessengemeinschaften erfaßt, ist Baden. Wie aus dem kürzlich erschienenen „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden“, Jahrgang 1930, Seite 203 ff. hervorgeht, scheint in unserem Land die Kongernierung innerhalb von Industrie und Großhandel in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht zu haben.

Die Gesamtzahl der vom Badischen Statistischen Landesamt festgestellten Kongerne und Interessengemeinschaften beträgt nach dem Stand vom 1. Januar v. J. in unserem Land 216. Zu diesen Kongernen gehören 584 badische Betriebe mit rund 82 000 beschäftigten Personen. Die überwiegende Zahl der ermittelten Kongerne entfällt auf die Industrie, nämlich 165 mit 393 Betrieben und etwa 74 000 beschäftigten Personen; mit anderen Worten: Rund 5,5 v. H. der größeren Industriebetriebe (mit 11 und mehr beschäftigten Personen) und rund 20 v. H. der in diesen Betrieben beschäftigten Personen sind Kongerngebunden. Unter den einzelnen Industriezweigen sind am stärksten durch Kongerne beeinflusst die chemische Industrie, deren beschäftigte Personen fast zur Hälfte in Kongernbetrieben arbeiten, sowie die elektrotechnische und feine mechanische Industrie, bei der ein Drittel aller darin beschäftigten Personen in Kongernbetrieben tätig sind. Verhältnismäßig gering ist bisher die Kongernbewegung im Handel und Verkehr; hier sind nur 0,6 v. H. aller Betriebe und 6,6 v. H. aller beschäftigten Personen von Kongernen abhängig.

Geht man noch auf den Sitz der Kongerne, soweit durch sie die badische Wirtschaft berührt wird, ein, so ist zu sagen, daß 43 Kongerne und Interessengemeinschaften ihren Sitz in Baden haben; 894 Fabriken und Handelsbetriebe sind in diesen zusammengefaßt. Die Zahl der darin beschäftigten Personen beträgt rund 54 400.

Anschließend von Baden, aber in anderen deutschen Ländern, haben ihren Sitz 122 Kongerne; hierzu gehören 315 badische Betriebe mit rund 34 000 beschäftigten Personen. 50 Kongerne haben ihren Verwaltungssitz in Berlin, 13 in Frankfurt a. M., 25 in der Rheinprovinz, 17 im sonstigen Preußen.

Auch ausländische Kongerne haben in den letzten Jahren in zunehmendem Maße an badischen Fabriken und Handelsbetrieben Interesse genommen. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, daß die Erfassung solcher ausländischen Kongerne mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist; immerhin war es dem Badischen Statistischen Landesamt möglich, 35 Kongerne zu ermitteln, die auf 82 badische Betriebe Einfluß gewonnen haben. Beschäftigt sind in diesen badischen Kongernbetrieben rund 17 000 Personen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle für die badische Wirtschaft wichtigen Kongerne namentlich aufzuführen. Erwähnt seien nur, wie wir einen Auszug von Dr. Bogelsang beim Statistischen Landesamt in der „Süddeutschen Wirtschaftszeitung“ in Mannheim entnehmen, der Kongern „Zellstoff Waldhof“, der sich eine große Zahl von Firmen in Preußen, Bayern, Württemberg, Finnland, Norwegen, Holland angegliedert hat und große Bindungen im In- und Ausland besitzt, die Süddeutsche Zuder AG. in Mannheim, die fast die gesamte süddeutsche Zuderindustrie beherrscht, der Feitel-Kongern in Mannheim, der einen großen Komplex von angeschlossenen Walzfabriken und Brauereien betreut, usw. Auf dem Gebiet der Rheinschiffahrt wäre einmal auf den Fendel-Kongern (Zusammenschluß des sog. badischen und preußischen Rheinschiffahrtkongerns) sowie auf den Rhodania Rheinschiffahrtkongern in Mannheim, dem bedeutende, insbesondere süddeutsche Schiffsahrts- und Speditionsgesellschaften angeschlossen sind, hinzuweisen. Von ausländischen Kongernen wären zu erwähnen Brown Boveri in Baden (Schweiz), der auf die Mannheimer Brown Boveri & Co. AG. mit ihren zahlreichen Untergesellschaften seinen Einfluß ausübt, der Maggi-Kongern mit dem Sitz in Remptal (Schweiz), der durch die Maggi G. m. b. H. in Singen mit der badischen Wirtschaft verbunden ist, der englisch-holländische Margarine-Kongern mit seinem Mannheimer Interessen, und der englische Coals-Kongern, der vor nicht langer Zeit mit der bekannten Freiburger Nähmaschinenfirma Mesz AG. in Verbindung getreten ist.

Moskau verehrt Radioabmachungen

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Sowjetpropaganda durch Rundfunk in Deutschland und schreibt dazu u. a.:
Bereits vor einiger Zeit ist in der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit einiger Sowjetfunker hingewiesen worden, die dank ihrer Stärke und Reichweite in allen Ländern Europas und in allen Sprachen eine systematische Propaganda betreiben, die immer unerbittlicher wird. Die kommunistische Partei Deutschlands hat sich im „Freien Radiobund“ eine Organisation geschaffen, die ganz auf die Zusammenarbeit mit dem russischen Sender eingestellt ist. Es ist allerhöchste Zeit, daß die gesamte deutsche Öffentlichkeit über diese Vorgänge unterrichtet wird und daß sich die Reichsregierung mit allen Mitteln gegen einen Zustand zur Wehr setzt, der des Reiches unwürdig ist.
Woch im vorigen Jahre haben sich die deutsche und die russische Regierung gegenseitig verpflichtet, alle Versuche einer aktiven Beeinflussung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterlassen. Aufgabe des Auswärtigen Amtes wäre es, der russischen Regierung klar zu machen, daß eine Fortdauer dieses Zustandes für Deutschland untragbar ist und nicht ohne entscheidende Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen bleiben kann.

Letzte Nachrichten

Die Genfer Verhandlungen vor dem Abschluß

Die deutschen Beschwerden gegen Polen
WZS. Genf, 24. Jan. (Tel.). Aus der zu Beginn der heutigen Vormittagsitzung des Völkerbundesrates vorgelegten Tagesordnung geht hervor, daß beabsichtigt ist, heute die Arbeiten der Tagung vollständig abzuschließen. Auf der Tagesordnung befindet sich auch die deutsche Beschwerde über die Gewaltakte der Polen in Polnisch-Oberschlesien. Dieser Punkt ist ebenso wie die Memelfrage, an den Schluß der Tagesordnung gesetzt worden, weil zu Beginn der Sitzung diese beiden Punkte noch nicht spruchreif erschienen.

Die Besprechungen über die oberschlesische Minderheitenfrage, die bis in die letzte Nacht hinein gedauert haben, sind heute früh wieder aufgenommen worden. Der deutsche Außenminister hat sich, wie zu erwarten war, mit gestern abend mitgeteilten Zugeständnissen Jaleskis nicht einverstanden erklärt. Wie verlautet, hatte der Japaner Hoshikawa den letzten Vorschlag, den Dr. Curtius abgelehnt hat, im Einvernehmen mit Henderon und Briand ausgearbeitet. Nach der Ablehnung durch den deutschen Vertreter, erklärte Hoshikawa, daß er es nunmehr für zweckmäßig halte, eine Besprechung anzuberaumen, an der er selbst, Dr. Curtius, Briand und Henderon teilnähmen. Diese Zusammenkunft hatte auch tatsächlich heute vormittag stattgefunden. Über ihr Ergebnis ist im einzelnen noch nichts bekannt. Nach Schluß der Besprechung, die mehr als eine Stunde dauerte, wurde aber bekanntgegeben, daß die Zusammenkunft zu einem Ergebnis geführt habe, und daß nunmehr die juristischen Sachverständigen Japans, Deutschlands, Frankreichs und Englands zusammenzutreten würden, um einen neuen Vorschlag zu formulieren.

Es ist vorgesehen, daß die Juristen ihre Formulierung heute nachmittag drei Uhr einer erneuten Konferenz der vier genannten Staatsmitglieder vorlegen. Sollte sich diese mit der Formulierung einverstanden erklären, so wird der Vorschlag dem polnischen Außenminister Jaleski zur Annahme vorgelegt werden. Wenn Jaleski zustimmt, so wird die Frage um 4 Uhr heute nachmittag zur abschließenden Behandlung vor die öffentliche Sitzung des Rates kommen.

Sür Revision der Kriegsschulden

Eine amerikanische Stimme
WZS. Chicago, 23. Jan. (Tel.). Dr. A. Murray Butler, führender Republikaner und Präsident der Universität Columbia, appelliert heute in ersten Worten an die Regierung, die nötigen Schritte zur Einsetzung einer internationalen Kommission für die nochmalige Untersuchung der Frage der Kriegsschulden zu unternehmen.

Der Versuch, einen beträchtlichen Teil der Kosten des Krieges zurückzuerhalten, habe Europa die untragbare Last auferlegt, unter der es jetzt stöhne, und habe die verhängnisvollen wirtschaftlichen Verluste verursacht, die die Bevölkerung der Vereinigten Staaten stuhig gemacht habe. In scharfen Worten, so fuhr Butler fort, werde uns erzählt, daß es sich um geborgtes Geld handele, daß in allen Ecken zurückgezahlt werden müsse. Nicht gesagt wird uns jedoch, daß ein bedeutender Teil davon in den Vereinigten Staaten selbst beim Erwerb von Kriegsmaterial zu hohen Preisen ausgegeben wurde. Man gestattet uns nicht, daran zu denken, daß Geld ebenso ein Instrument des Krieges ist wie Kriegsschiffe und Unterseeboote und Kanonen. Das amerikanische Volk ist der Hauptleidtragende bei den Kriegsschulden.

Die amerikanischen Industrieanlagen im Auslande

WZS. New York, 24. Jan. (Tel.). Handelsminister Lamont hat dem Bundesrat eine Übersicht über die Zweiganlagen amerikanischer Firmen im Auslande zugehen lassen. Von diesen Zweiganlagen, deren Gesamtwert Ende 1929 auf 1535 Mill. Dollar geschätzt wurde, befinden sich 540 in Kanada, 629 in Europa, 281 in den latein-amerikanischen Ländern und die übrigen in Afrika, Asien und Australien. Die Gesamtzahl der amerikanischen Fabrikanlagen in Europa beträgt 453; davon befinden sich 189 im Gesamtwert von 268 Mill. Dollar in England, 78 im Werte von 139 Mill. Dollar in Deutschland und 86 im Werte von 91 Mill. Dollar in Frankreich. Auf Grund dieser Ausdehnung der industriellen Interessen Amerikas im Auslande, so heißt es in dem Bericht, trete das Bestreben zutage, die Zollschranken abzubauen und die Vorurteile gegen die amerikanischen Waren zu überwinden.

Abrüstungskonferenz im Februar 1932

Der Völkerbundesrat hat am Freitagnachmittag in geheimer Sitzung beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 einberufen wird. Was den Konferenzort angeht, so hat sich der Rat in dieser Sitzung für Genf entschieden. Der Präsident soll in der Maitagung durch den Rat ernannt werden.

„Im Westen nichts Neues“ wird geändert. Die Universal-Film-Gesellschaft teilt mit, sie habe die Absicht, den Film „Im Westen nichts Neues“ nach Vornahme einiger Änderungen erneut der Filmprüfstelle vorzulegen.

* Zur politischen Lage

Von der Ratstagung in Genf

Der Sturz der französischen Regierung, der mehr durch einen unglücklichen Zufall, als durch eine Frage von weittragender politischer Bedeutung herbeigeführt wurde, hat willkommenen Anlaß zu einer Unterbrechung der Ratstagung in Genf gegeben. Es entspricht ja nur zu sehr der Taktik Briands und Jaleskis, die Erledigung der wichtigsten Probleme auf die lange Bank zu schieben. Was speziell den deutsch-polnischen Konflikt betrifft, so ist der polnische Außenminister allerdings nach wie vor zu Zugeständnissen bereit. Aber es kommt uns nicht auf Versprechungen, sondern auf die Erfüllung solcher Versprechungen an. Und da wäre es immerhin recht nützlich, wenn sich der Völkerbund schon jetzt zu einem Beschluß auftraffe, der der polnischen Regierung diese Erfüllung in aller Form zur Pflicht macht.

Doch, wie gesagt: das Bestreben in Genf geht ganz offenkundig dahin, um genaue Festlegungen herumzukommen. Natürlich will man den schlechten Eindruck, den die polnischen Greuel herborgerufen haben, möglichst verweischen. Und man hofft, Deutschland als den hauptsächlichsten Ankläger einigermaßen beschwichtigen zu können. Daß sich an der Polonisierungspolitik Warschau irgend etwas ändern wird, glauben wir indessen nicht. Und schon allein die Art und Weise, wie man sich fortgesetzt, so auch in den letzten Tagen, Grenzverletzungen gegenüber Deutschland zuschulden kommen läßt, zeigt uns, daß man in Polen erst dann zur Vernunft kommen wird, wenn eine ganz bestimmte Macht vorhanden ist, die zu respektieren ist.

In Sachen der Europakonferenz haben die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens ein Manifest erlassen, das ein sehr erfreuliches Bekenntnis zum Frieden enthält und sehr richtig den Mangel an Vertrauen in die Zukunft als Haupthindernis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bezeichnet. Das Manifest gipfelt in der Erklärung, daß man mehr als jemals fest entschlossen sei, sich der Organe des Völkerbundes zu bedienen, um jeden Appell an die Gewalt künftig auszuschließen.

Dieses Manifest darf dankbar begrüßt werden, aber die schönen Worte, die darin zu lesen sind, lassen sich leider nur schlecht mit den militärischen Tatsachen der letzten Zeit zusammenreimen. Frankreich rüstet, Italien rüstet, Polen rüstet, neue Militärbündnisse werden abgeschlossen, und alles sieht viel eher nach Vorbereitung des Krieges, als nach Festigung des Friedens aus.

Auch der Entschluß, sich vor Anrufung der Waffen an den Völkerbund zu wenden, klingt zunächst sehr beruhigend. Aber solange der Völkerbund in erster Linie Instrument französischer Machtpolitik ist, wird man sich im Falle eines wirklich ersten Konfliktes von der Gerechtigkeit und Überparteilichkeit dieses Völkerbundes nicht allzuviel versprechen dürfen. Zum mindesten wird man seinen Entschlüssen mit Vorsicht entgegenzusehen haben.

In der Frage der Abrüstungskonferenz hat der Völkerbundesrat nunmehr beschlossen, die eigentliche Abrüstungskonferenz für den 2. Februar 1932 einzuberufen. Das ist immerhin schon etwas. Hoffen wir, daß bis dahin die Verhandlungen so weit gediehen sind, daß die allgemeine Abrüstung dann wenigstens im Jahre 1932 Tatsache werden kann.

Von den Reichsfinanzen

Zur Zeit finden Verhandlungen des Reiches und einem ausländischen Bankenkonzern statt, das unter der Führung der amerikanischen Firma Lee Higginson & Co. steht. Man will auf dem Wege über die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte dem Reich 100 bis 120 Millionen Reichsmark als Beleihung der 200 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien der Reichsbahn zur Verfügung stellen. Diese 200 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien waren bekanntlich vom Reich an die Reichsversicherungsanstalt an Zahlungsstatt abgetreten worden. Da die Verhandlungen zwischen Lee Higginson & Co. und dem Reich unter Vermittlung der Pariser Filiale der Firma stattfanden, ist das Gerücht von deutsch-französischen Anleihenverhandlungen entstanden. Möglicherweise wird eine der großen französischen Privatbanken sich an dem Geschäft beteiligen.

Da die Summe von 100 bis 120 Millionen von der Reichsregierung für Februar dringend gebraucht wird,

Kann man nur wünschen, daß die Verhandlungen mit Lee Higginson & Co. zum Ziele führen. Aber man darf bei alledem nie die große Gefahr außer acht lassen, die durch die immer weitere Verschuldung Deutschlands entsteht. Wir selber wissen ganz genau, daß wir in absehbarer Zeit aus eigenen Mitteln unsere offiziellen und privaten Schulden nicht abzahlen können. Geschenk oder zinslos geliehen bekommen wir aber die Gelder des Auslands nicht. Wir müssen sie sogar ganz gehörig verzinsen. Die Zinslast, die wir heute bereits mitzuschleppen haben, beträgt rund 1 1/2 Milliarden!

Wenn unser Wirtschaftsleben in Blüte stände, bräuchten wir uns darum nicht so sehr zu sorgen. Von einer solchen Blüte ist aber durchaus nicht die Rede, sondern wir haben schon seit Jahren eine schwere Krise. Und deren Kennzeichen ist heute die Ziffer von 4,7 Millionen Arbeitslosen! Der Reichsfinanzminister hat dieser Tage gelegentlich einer Parteiversammlung geäußert, es werde nichts anderes übrig bleiben, als nun endlich einmal in der Frage der Arbeitslosenversicherung an das Saisonarbeiter-Problem heranzugehen. Wäre das schon früher geschehen, so hätte man sicherlich eine ganze Menge ungerechtfertigter Ausgaben für die Versicherung sparen können. Wir werden auf diesen Punkt noch in den nächsten Tagen zurückkommen.

Eine neue Rede des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hat dieser Tage vor den sächsischen Industriellen eine Rede gehalten, die in mancherlei Beziehung bemerkenswert ist. Auch diese Rede zeigt wieder, daß Dr. Brüning wirtschafts- und finanzpolitisch die Situation vollkommen überschaut und durchaus das Richtige will.

Eröffnet hat er seine Rede mit dem markanten Satz, es gebe kein Land in der Welt, das so viele Fehler vergangener Jahre auf einmal wieder gutzumachen habe, wie Deutschland. Es seien zu viele Gesetze gemacht worden, deren finanzielle Auswirkungen nicht zu übersehen waren. Und heute fehle uns der große Kassenbestand, um eine großzügige Senkung der steuerlichen Lasten in wenigen Monaten durchführen zu können. Vor allem seien Ersparnisse notwendig und demgemäß auch eine umfassende Verwaltungsreform. Allerdings müsse der besonnene Politiker hinzufügen, daß der Erfolg dieser Maßnahmen nicht gleich in ein oder zwei Jahren, sondern vielleicht erst in zehn Jahren eintreten werde. Es gelte jetzt, den Grundsatz überall praktisch zu verwirklichen, daß man mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen versuchen müsse. Und da gebe es eine Reihe von Gebieten, die in den nächsten Monaten einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden müßten; denn wir müssen aus dem Stadium heraus, in dem wir uns gegenwärtig befinden!

Was die Tributlasten anlangt, so forderte auch der Reichskanzler, daß sie einer Revision unterzogen werden. In dieser Frage sei sich gottlob das ganze deutsche Volk einig. Es sei jedoch falsch, die Hände in den Schoß zu legen und nun alles von der Milderung der außenpolitischen Lasten zu erwarten. Jedenfalls sei es ein großer Fehler gewesen, daß man finanziell ungerüstet an die Revision des Dawesplanes herangegangen sei.

Daß die Selbstkosten der Wirtschaft weiter gesenkt werden müßten, hat Dr. Brüning auch in dieser seiner Rede von neuem betont. Allerdings wird man auch hier nur schrittweise zum Ziele gelangen können.

Die Ausführungen des Reichskanzlers verdienen weiteste Beachtung und lebhaften Beifall. Sie zeigen, daß ein wirtschafts- und finanzpolitischer klarer Wille vorhanden ist, der unbeeinträchtigt auf sein Ziel lossteuert. Zu wünschen wäre nur, daß dieser Wille auf besseres Verständnis und vertrauensvollere Mitarbeit stößt. Dann würde auch das Tempo aller Reformarbeiten etwas schneller sein können.

Keine Vereinheitlichung der Sozialversicherung. Zeitungen berichten, die Reichsregierung beabsichtige, die Versicherungszweige und deren Träger zu vereinigen und für die Sozialversicherung im ganzen einen einheitlichen Beitrag zu erheben. Die Meldung ist in allen Teilen unrichtig. Für eine Neugestaltung liegt das Ziel nicht in der Vereinheitlichung, sondern in der Vereinfachung und Verbilligung der Sozialversicherung.

Aktion gegen die päpstlichen Kommunisten. Auf Veranlassung der Kreisregierung der Pfalz wurde am Freitag eine große Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt, die sich diesmal auf die Vorder-, Mittel- und Westpfalz erstreckte. Zu ihrer Abwicklung waren größere Kommandos der Landespolizei eingesetzt. In einzelnen waren in die Polizeistation die Städte Frankenthal und Oppau, Neustadt, Landrecht und Kaiserslautern einbezogen. Die Hausdurchsuchungen förderten an allen Orten Handfeuerwaffen, Hand- und Stohwaffen, Munitionsbestände und größere Mengen von Druckschriften der KPD. zutage.

Beilegung des Tarifstreites in dem württembergischen Holzgewerbe. Nach fast 13tägigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist in dem Tarifstreit im württembergischen Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande gekommen. Die Arbeit wird nächsten Dienstag zu Lohnen, die um 5-6 Proz. ermäßigt werden, wieder aufgenommen.

Beauftragte Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weidrich. Von der Verwaltung der zu den Vereinigten Stahlwerken gehörenden Hütte Ruhrort-Weidrich wurde beim zuständigen Demobilisationskommissar Stilllegung des ganzen Werkes wegen Auftragsmangel beantragt. Von dieser Maßnahme wurden rund 6000 Arbeiter und 1000 Angestellte betroffen. Die Hütte, die noch zu Anfang dieses Jahres eine Belegschaft von 17 000 Mann hatte, mußte bereits vorher einzelne Betriebsabteilungen stilllegen und die dort tätigen Leute entlassen.

Aus den Ländern

Einigung über die Wahlrechtsreform in Bayern

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages gelang es, am Freitag zu einer Einigung hinsichtlich der Reform des Landeswahlrechts zu kommen. Der auf Grund des Beschlusses in der vierten Lesung nunmehr von der Regierung ausgearbeitete Abänderungsentwurf wurde mit allen gegen die Stimmen der Deutschen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Damit ist auch die notwendige Zweidrittelmehrheit gesichert.

Es bleibt bei der Beseitigung der Landesmandate unter Beibehaltung der 128 Abgeordneten und 118 Stimmkreise. Die Regierung machte darauf aufmerksam, daß sich nun gewisse Rückwirkungen auf die Wahlen zu den Bezirks- und Kreislagern ergeben werden. Auf Vorschlag der Regierung erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, deshalb mit den Vertretern der Bezirks- und Kreislagern in Verbindung zu treten.

Der bayerische Etat

In der Freitagssitzung des Bayerischen Landtages legte in einer mehrstündigen Rede Staatsrat Dr. von Deubert, der Leiter des Finanzministeriums, den Haushalt für 1931 vor. Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 799 822 270 M und ist ausgeglichen. Die allgemeinen Staatsschulden betragen 394,5 Millionen Reichsmark. Nach Thüringen hat Bayern je Kopf der Bevölkerung die höchsten Schulden.

Der Redner wandte sich dann besonders gegen das Steuervereinfachungsgesetz, das den letzten Rest der bayerischen Staatshoheit beseitigen wolle. Neben den staatspolitischen Gesichtspunkten sind auch schwerwiegende sachliche Bedenken für die Verfassungslage Bayerns beim Staatsgerichtshof maßgebend. Bei der Gestaltung des künftigen Finanzausgleiches muß auf jeden Fall eine wie auch immer geartete Verschlechterung zuungunsten der Länder und insbesondere eine Abdrängung der Länder von der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgelehnt werden. Bei der Erläuterung der vielfachen Einschränkungen und Abstriche wurde festgestellt, daß der Gesamtabbau an Beamten und Angestellten seit 1924 5884 Personen betragt. Damit ist der Stand erreicht, der um 694 Beamtenstellen unter dem Stand des Jahres 1918 liegt. Die Leistungen für kirchliche Zwecke sind um 3 Millionen herabgesetzt.

4 765 000 Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung rund 2 396 000, aus der Krisenfürsorge rund 739 000 Arbeitslose unterstützt. Gegenüber dem vorigen Stichtag bedeutet das eine Zunahme um rund 230 000 bzw. rund 92 000. Unter den am 15. Januar bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden befanden sich — nach Abzug der noch in Stellung oder in Hilfsarbeiten befindlichen — rund 4 765 000 Arbeitslose. Zu ihnen gehören außer den Unterstützungsempfängern noch die von der öffentlichen Fürsorge Betroffenen (Wohlfahrtsvereinsangehörige), ferner zahlreiche Arbeitslose, die am Stichtage die Warteliste für die Arbeitslosenunterstützung durchzumachen hatten, oder die auf Grund der starken Fluktuation des Marktes sich im Übergang zwischen verschiedenen, zum Teil kurzfristigen Beschäftigungen befanden.

Die Witterung machte im weiten Umfang die Einstellung der Außenarbeiten notwendig, dem entspricht der starke Zugang an Arbeitsuchenden aus dem Baugewerbe und aus den mit ihm zusammenhängenden Berufsgruppen und Rohstoffindustrien, sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft der Bezirke Schlesien, Brandenburg, Hessen und Sachsen.

Mehr kleine Möbel für die kleinen Räume!

Die hohen Baukosten zwingen uns heute, den Wohnraum in neuen Häusern auf ein Mindestmaß zusammenzupressen, das gerade noch ausreicht, die notwendigen Voraussetzungen für Entfaltung und Erhaltung eines gesunden Familienlebens zu erfüllen. Kleinwohnungen von 60 Quadratmeter stellen deshalb heute schon beinahe ein Höchstmaß dessen dar, was, von der Seite der Miete her gesehen, vom Wohnungsuchenden noch getragen werden kann. Da und dort ergibt sich sogar die Notwendigkeit, den Wohnraum noch um 10 und mehr Quadratmeter herabzudrücken in dem Bestreben, damit auch den Mietpreis zu senken.

Diese Beschränkung des Wohnraumes ist in der Praxis nur dann zu ertragen, wenn die Wohnung entsprechend ausgenutzt ist, wenn also auch hier der Raum mit größter Sparsamkeit verwaltet wird. Das braucht nicht zu jenen „Wohnmaschinen“ zu führen, deren Vorbild die Küche im D-Zug oder die Schiffskabine ist. Solchen Zwang muß man für die Wohnung ablehnen, denn diese soll behagliches Verweilen ermöglichen. Das schließt technische Neuerungen nicht aus, die der Zeit- und Kraftersparnis bei der Bewirtschaftung der Wohnung dienen. Leider werden aber die Wohnungen immer noch viel zu sehr mit Möbeln vollgestopft, und zwar mit zu großen Möbeln, die den Raumbeshältnissen der modernen Wohnungen nicht angepaßt sind. Das liegt nicht allein an der Vorliebe der Bewohner für große Stücke, die „nach etwas aussehen“, sondern zum guten Teil daran, daß entsprechende kleine Möbel nicht angeboten werden. Nicht ganz mit Unrecht wirft Stadtrat Gasteiger, München, im Magdeburger Amtsblatt den Innenarchitekten vor, daß sie sich praktisch eigentlich nur im Interesse der höheren Einkommen betätigen, und die Wohnungskultur der großen Masse von 80 Prozent der Wohnenden nur dem Zufall des Einkaufs überlassen. Und das in einer Zeit, wo alle Möbelabriken, alle Schneidereien, alle Möbelhändler über mangelnden Absatz klagen und trotz der günstigen Zahlungsbedingungen auf ihre überfüllten Lager hinweisen müssen. Würde nach dieser Richtung wirkliche Bedarfsbedarfs-wirtschaft gefördert, dann wäre Produzenten und Käufern ein großer Dienst erwiesen.

Die Durchführung ist eine Frage der richtigen Organisation und der planvollen Vorbereitung. Zunächst wäre es eine dankenswerte Aufgabe der Handwerkskammern, sich mit Fachleuten über diese Fragen auszusprechen, Musterzimmer herzustellen und eine Musterwohnung einzurichten, um durch den Augenschein am wirksamsten für den neuen Gedanken zu werben. Ihm folgt, aus dem tatsächlichen Bedürfnis heraus vorbereitet, sicher schon erhebliche Werbekraft inne. Man darf wohl annehmen, wenn von seiten des Handwerks und seiner Vertretung der Gedanke werbewirksam vertreten wird, sich Bundesgenossen finden, die ihn unterstützen: aus den Verbänden der Arbeiter, Angestellten, Beamten und nicht zuletzt aus den Frauendebatten. Ausstellungen von gutem Hausrat, wie sie manche dieser Organisationen schon vor Jahren veranstalteten, beweisen das Wertvolle ihrer Mitarbeiterschaft. Vielleicht wäre es von großem Vorteil, sich auch die Mitarbeit der laienwissenschaftlichen Verbände zu sichern. Die Anregung und den ersten Anstoß wird die Vertretung des Handwerks geben müssen. R. J.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstags

Die Lage der Reichsbahn

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beriet am Freitag den Etat des Reichsverkehrsministeriums. Abg. Dr. Köhler (Ztr.) wies dabei besonders darauf hin, daß die stark umstrittenen Tarifpolitik der Reichsbahn geeignet sei, das Land Baden empfindlich zu schädigen. Nach seiner Ansicht könne die Frage „Reichsbahn-Kraftverkehr“ nicht mit rücksichtsloser Stampfanfrage durchgeführt und gelöst werden.

Hierauf sprach Reichsminister v. Guérard. Zur Lage der Reichsbahn sei darauf hinzuweisen, daß 1913 die deutschen Reichsbahnen zusammen eine Milliarde Reichsmark aufgebracht hätten, während heute die Gesamtbelastung rund 1300 Millionen Reichsmark betrage. Im einzelnen entfielen davon 660 Millionen auf die Belastung für Reparationen. Für 1930 habe sich der Einnahmerückgang noch ungünstiger als erwartet herausgestellt und werde etwa 790 Millionen Reichsmark betragen. Die Reichsbahn sei demnach noch ungenügender als erwartet herausgestellt und werde etwa 790 Millionen Reichsmark betragen. Die Reichsbahn sei demnach noch ungenügender als erwartet herausgestellt und werde etwa 790 Millionen Reichsmark betragen. Die Reichsbahn sei demnach noch ungenügender als erwartet herausgestellt und werde etwa 790 Millionen Reichsmark betragen.

Die Weltarbeitslosigkeit

Aus Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf 11 Millionen und in der ganzen Welt auf etwa 20 Millionen geschätzt wird. In Europa ist die Zahl der Arbeitslosen ungefähr doppelt so hoch wie um dieselbe Zeit im vergangenen Jahr. Für einzelne Länder werden folgende Zahlen angegeben: Deutschland 4 1/2 Millionen, Großbritannien 2 1/2 Millionen, Italien mehr als eine halbe Million, Polen mehr als 200 000, Tschechoslowakei ungefähr 150 000, Japan ungefähr 400 000.

Russische Städtebauten

Die russische Sowjetregierung will drei neue Großstädte sozialistischen Typs erbauen, die vor allem wohl von den Arbeitern und Angestellten der neuen Güterwerke bewohnt werden sollen. Es handelt sich um die Stadt Dipez mit einer voraussichtlichen Bevölkerung von 250 000 Personen, Nishnij Tagil, mit einer Bevölkerung von 150 000 Personen und Nowij Mariupol mit einer solchen von 100 000 Personen. In diesen neuen Städten soll ein Teil des Wohnungs- und Städtebaus auf vollkommene Bergesellschaftung des Haushalts eingestellt sein.

Es wird dabei sicherlich manches interessante städtebauliche Problem zu lösen sein; aber zunächst wird man abwarten müssen, wieviel von diesen Plänen Projekten tatsächlich verwirklicht werden wird. Russische Zahlenangaben pflegen die amerikanischen Meteorologen neuerdings noch weit zu übertragen, beruhen aber in der Regel noch weit mehr als diese auf Phantasie und maßloser Übertreibung.

Kurze Nachrichten

Bei einer Reichsgründungsfeier im Bayerischen Landtag, die am Freitag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten abgehalten wurde, führte Präsident Stang u. a. aus: Am Reich als wertvollste Frucht der Kämpfe und Mühen unserer Eltern gelte es, festzuhalten. Das werde aber nur gelingen, wenn die Quelle der inneren Lebenskraft des Reiches die lebendige Reichsfreundschaft seiner Glieder nicht versiehet, sondern der föderative Charakter seines Ausbaues durch die Abwehr gefährlicher Experimente, sei es auf finanziellem, politischem oder staatspolitischem Gebiet, gewahrt bzw. wiederhergestellt werde.

Die Beschiebung der „Bade“ vor dem Seeram. Der Hamburger Seeramspruch vom Falle der Beschiebung des Dampfers „Bade“ in Rio de Janeiro besagt, daß neben den Beschiebungen der beiden brasilianischen Frachtschiffe auch der Kapitän der „Bade“ insofern einen Teil der Schuld trage, als er den Passus in seinem Ausfahrtschein, sich mit dem Fort Santa Cruz in Verbindung zu setzen, überläßt.

Das neue Haus des Rundfunks in Berlin, das gegenüber dem Funkturm und nahe den Ausstellungshallen errichtet worden ist, wurde am Donnerstagabend mit einem kurzen Festakt seiner Bestimmung übergeben. — Der gewaltige Bau wird als Mittelpunkt des gesamten deutschen Rundfunks nicht nur das neue Heim der „Funkstube“ sein.

Fortschritte im Siedlungswesen. Im Jahre 1930 sind 7477 neue Siedlerstellen mit einer besiedelten Fläche von 82 311 Hektar geschaffen worden, und zwar vorwiegend in Ostdeutschland. Gegenüber dem Vorjahre konnte die Zahl der Siedlerstellen um 56 Prozent, die besiedelte Fläche um 51 Prozent gesteigert werden. Die meisten Siedlungen wurden in Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein errichtet.

Millionendifferenzen zwischen Siemens und Irland. Bei der endgültigen Abrechnung über die Forderungen des Siemenskonzerns gegen die irische Regierung aus dem Bau des Shannon-Kraftwerkes haben sich erhebliche Differenzen ergeben. Bei einem Gesamtobjekt von etwa 100 Mill. Reichsmark ist ein Restbetrag von ungefähr 15 Mill. Reichsmark strittig. Man ist bestrebt, auf dem Verhandlungswege eine Einigung herbeizuführen. Das im Jahre 1929 fertiggestellte Großkraftwerk ist erbaut worden von der Siemens-Schuckert Akt.-G. und die Siemens-Bau-Union G.m.b.H.

Parteiuniform- und Druckschriftverbot im Saargebiet. Die Regierungskommission im Saargebiet hat das Tragen der Parteiuniformen (einheitliche Kleidung) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Wewolfs, des Bundes der Frontkämpfer (Stahlhelm), des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners mit sofortiger Wirkung verboten. In einer weiteren Verfügung wird die Verbreitung der Druckschrift „Saardeutsche Volksstimme, nationalsozialistischer Kampfbund“, auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Die deutsche Fliegerin Ely Beinhorn, die am Donnerstag um 9.30 Uhr von Kap Jubah abgeflogen war, ist ohne Zwischenfall in Rio de Janeiro gelandet.

In einer Volksschule in Kattowitz ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Als der Lehrer im Physikzimmer ein Experiment vorführte, explodierten zwei Sauerstoffflaschen. Acht Schüler trugen hierbei Verletzungen davon. Man befürchtet, daß einer von ihnen das Augenlicht verlieren wird.

Badischer Teil

Aus den Ausschüssen des Landtags

Der Geschäftsordnungsausschuss

des Landtags hatte sich am Freitag mit drei Anträgen auf Strafverfolgung bzw. Aufhebung der Immunität zu befassen. In einem Falle handelte es sich um Anklageerhebung gegen die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ wegen Verleumdung des Landtags in einem Artikel vom 21. November v. J. Der Ausschuss beschloß mit allen gegen eine Stimme, dem Antrag auf Erhebung des Strafantrages zuzustimmen. — Aber einen Antrag der Staatsanwaltschaft, die Immunität des Abg. Köhler (Nat.-Soz.) aufzuheben, weil er sich in einer Versammlung am 12. November 1930 in Pforzheim, also vor Beginn der Landtagsperiode, in sehr abfälliger Weise über die Republik und die deutsche Regierung ausgesprochen habe, so daß eine Strafverfolgung auf Grund des Republikstrafgesetzes geboten erscheine, werden sich zunächst noch die Fraktionen unterhalten. — Im dritten Falle handelte es sich um den Abg. Kraft (Nat.-Soz.), der in einer Rede am 8. Januar in Karlsruhe von dem „Gesindel“ sprach, das sich in den deutschen Parlamenten herumtreibe. Hier wurde mit allen gegen eine Stimme dem Antrag auf Aufhebung der Immunität zwecks Strafverfolgung stattgegeben. Die Aussprache gestaltete sich ziemlich lebhaft.

Anschließend daran wurde eine Änderung der Geschäftsordnung beraten, die einer vollparteilichen Anregung entsprechend den Landtag davon schieben will, daß seine Arbeit durch rein agitatorische Anträge, die mit den badischen Verhältnissen nichts zu tun haben, unnötig erschwert wird. Der Antrag wurde mit einigen Zusätzen von Zentrumseite einstimmig angenommen.

Haushaltsauschuss

Der Berichterstatter Dr. Wolfhard sprach am Freitag zunächst über die in weiteren Kreisen bekannten Vorgänge im Erziehungsheim Schloss Friesingen. Sodann wurde die Strafverfolgung des Erziehungsheimleiters zur Kenntnis gegeben. Von einem Vertreter wurde die Behandlung der Angelegenheit bei der Besprechung im Landtag beantragt. Gegenüber dem Bericht der Beamten, denen Gefahr und Gewalt von Seiten der Jüglinge drohe. Es sei verfehrt gewesen, daß ein Psychiater Leiter solcher Anstalt geworden sei. Der Vertreter des Ministeriums betonte, daß das Ministerium die Arbeit in den vom Zentrum vorgebrachten Fällen nicht billige. Der Justizminister legte die Gründe dar, die zur Veröffentlichung im Juni v. J. geführt haben, und die Schwierigkeiten, die hierdurch mit einigen Aufsichtsratsmitgliedern entstanden sind.

Über einen nationalsozialistischen Antrag an die Reichsregierung zwecks Verbesserung des Finanzausgleichs und über die Auffassung des Finanzministeriums berichtet der Abg. Dr. Mattes. Er sieht nur die Möglichkeit zur Hebung der Länderfinanzen und Gemeindefinanzen in der Einführung des Zusatzes zur Einkommensteuer. Ein entsprechender Antrag werde von den Koalitionsparteien eingereicht. Dieser Antrag empfiehlt Beschränkung der Neuregelung des Finanzausgleichs und Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen der Länder. Der Antrag der Koalitionsparteien wurde debattelos angenommen. Nach Erledigung der Besuche folgt der Bericht des Abg. Egler über die Anträge Bürgersteuer nach der Novellierung vom 26. Juli 1930. Der Ausschuss stimmte mit allen gegen die Stimme des nationalsozialistischen Vertreters zu.

Der Rechtspflegeauschuss

hat den schriftlichen Bericht über die Novelle zum Beamtengesetz zur Kenntnis genommen, in einigen unwesentlichen Punkten reaktionell abgeändert und durch den Ausschussvorsitzenden dem Berichterstatter für seine Arbeit gedankt.

Eine lange und erregte Aussprache knüpfte sich an den Antrag der Nationalsozialisten auf Wiedererrichtung des früheren Lehrers Lenz, des jetzigen Reichstagsabgeordneten, in den badischen Schuldienst. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen des nationalsozialistischen Vertreters abgelehnt.

Annahme fand ein deutschnationaler Antrag auf Wiedererrichtung der Betragsnoten für entlassene Volksschüler. Ein Gesuch des Sparerbundes auf Neuaufstellung des Aufwertungsproblems der öffentlichen Sparkassen wird durch Abgang zur Tagesordnung erledigt und eine Eingabe der Sparkassen von Baden und Württemberg wegen der Aufwertungsbelastung der ländlichen Sparkassen der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Zum deutsch-schweizerischen Aluminiumverkehr

Vor einigen Tagen hat in Berlin im Reichsfinanzministerium erneut eine Aussprache stattgefunden, an der Ministerialdirektor Dr. Ficht von der badischen Gesandtschaft, Direktor Kaufmann von den Aluminiumwerken in Singen, Bürgermeister Dr. Kaufmann, Singen, und Reichstagsabgeordneter Erling, Karlsruhe, teilgenommen haben. Die sachlich sehr schwierige Angelegenheit wurde eingehend erörtert und vereinbart, daß die badischen Gewerkschaften bei den Aluminiumwerken in Singen Erhebungen vornehmen.

Dem „Bad. Beob.“ zufolge, hat Reichstagsabg. Erling an den Reichsfinanzminister im Interesse der Arbeiterschaft telegraphisch die Bitte gerichtet, für einen Monat Zurückhaltung zu gewähren, da ausländische Aufträge vorliegen und sofort wieder voll gearbeitet werden könne. Der Reichsfinanzminister hat der Anregung des Reichstagsabg. Erling entsprochen, so daß der Betrieb in Singen für einige Wochen wieder voll in Gang kommen kann.

Das Mahnverfahren bei den Amtsgerichten

F.A. Für das Mahnverfahren sind mit Wirkung vom 1. Januar 1931 an Vereinfachungen eingeführt, um eine weitere Beschleunigung zu erzielen. Da bisher die Urschrift des Zahlungsbefehls mit dem Vollstreckungsbefehl dem Gläubiger für die Durchführung der Zwangsvollstreckung übergeben wurde, mußte eine eingehende Mahntabelle geführt werden, die alle erforderlichen Angaben enthielt, um nötigenfalls eine weitere Fertigung des Vollstreckungsbefehls herzustellen zu können. Jetzt wird dagegen die Urschrift des Zahlungsbefehls mit dem darauf gestellten Vollstreckungsbefehl zurückbehalten und der Gläubiger erhält eine Ausfertigung für die Zwangsvollstreckung. Die Mahntabelle beschränkt sich daher auf die Angaben, die nötig sind, um den Zahlungsbefehl zu finden. Die weitere Ausfertigung ist im Zeitalter der Schreibmaschine eine geringere Arbeit als der ausführliche handschriftliche Eintrag in der Mahntabelle.

Der Gläubiger hilft zu seinem Teile mit, das Mahnverfahren wesentlich zu beschleunigen, wenn er um Erlassung des Zahlungsbefehls in der Form nachsucht, daß er drei Zahlungsbefehlsvorbrude ausfüllt und vorlegt. Die Vorbrude geben die Amtsgerichte unentgeltlich ab.

Aus der badischen Industrie

Lohnabbau in der Schmudwarenindustrie. Der Arbeitgeberverband der Schmudwarenindustrie hat das Lohnabkommen für die Pforzheimer Schmudwarenindustrie auf den letzten Jahrtag im Montag Februar, also den 27. Februar, gekündigt. Desgleichen erfolgte die Kündigung der Urlaubsbestimmungen im Mahntarif auf den 1. März.

Arbeitswiederaufnahme in der Zigarrenindustrie. Die Firma M. Eichersheimer Zigarrenfabriken Breiten hat in ihrer Fabrikbühle Delsheim mit circa 70 Arbeitern den Betrieb wieder eröffnet. Bis Ende des Monats wird voraussichtlich dort mit der ganzen früheren Belegschaft wieder gearbeitet werden können. Die Firma Rahn & Maier W. Zigarrenfabrik hat in einer Filiale ebenfalls den Betrieb mit teilweiser Belegschaft wieder aufgenommen. Man rechnet aber damit, daß in Wälde die ganze Belegschaft mit Arbeit wieder versorgt werden kann.

Die Wandfabrik in Säckingen, bisher Besitz der Wälder Gesellschaft für Wandindustrie, die sich in Liquidation befindet, ist nunmehr von einem deutsch-schweizerischen Konsortium unter Führung des bekannten Industriellen Dr. Fiedlersberger, Säckingen, übernommen worden. Die Übernahme wurde durch einen notariellen Vertrag vollzogen. Die Säckinger Fabrik werden zum Teil auf Stoff, zum Teil auf Seidenspinne umgestellt, zum Teil bleibt auch die Wandfabrikation erhalten. Etwa 100 Webstühle sollen zur Ausführung von Seidenspinne im Hohenwald aufgestellt werden. Gleichzeitig mit dem neuen Konsortium wurde auch eine Grundstücks-Gesellschaft ins Leben gerufen, die noch im Laufe dieses Jahres rund 40 Wohnungen in Säckingen bauen will.

Wiederbetriebnahme eines badischen Kohlenbergwerkes. Es hat sich in Freiburg eine Gesellschaft gebildet, die das schon einige Jahre ruhende Kohlenbergwerk Bergbauern bei Offenburg wieder in Betrieb nehmen will. Durch wohlfeilgerichtete Firmen wird zunächst ein weiterer Schacht auf etwa 70 Meter Tiefe niedergebracht werden; alsdann sollen zwei Stollen gegen die Kinzig vorgetrieben werden, da nach dem geologischen Gutachten die Kohlenflöze sich hierin ausdehnen und hier noch in keiner Weise abgebaut sind. Die gewonnenen Kohlen sollen besonders für chemische Zwecke Verwendung finden.

Gemeindeverordnungen

Bürgermeisterwahl. In Rönninger (Bezirk Adelsheim) wurde der seitherige Bürgermeister Büchler mit 52 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen das viertmal zum Gemeindeoberhaupt gewählt.

Das 100 000. Sparbuch. Bei der städtischen Sparkasse Mannheim wurde in den letzten Tagen das 100 000. Reichsmarkspargbuch ausgestellt.

Aus dem Kreisrat Heidelberg. Der Kreisversammlung soll vorgelegt werden, der Besatz für das Jahr 1931 an Zuschüssen zu bewilligen: a) für die Bahn Neckarhofsheim—Hüffenhardt 20 000 RM, b) für die Bahn Wiesloch—Waldangelloch 18 000 RM, unter der Bedingung, daß der Kreis Mosbach sich in bisheriger Weise an dem Zuschuß für die Neckarhofsheimer Bahn beteiligt und daß die beteiligten Gemeinden des Kreises Heidelberg sich bedingungslos bereit erklären, dem Kreis die Hälfte des Zuschusses zu erweisen. Die Wahl des Kreisrats, des Kreisvorsitzenden und seines Stellvertreters kann infolge Ansetzung der Kreisabgeordnetenwahlen in verschiedenen Gemeinden voraussichtlich erst im März d. J. stattfinden.

Der Schwesinger Nachtragsetat. Der Mannheimer Bezirksrat befaßte sich mit dem Nachtragsetat der Stadtgemeinde Schwesingen, der von den städtischen Kollegien beauftragt abgelehnt worden ist. Zur Deckung des Fehlbetrages von rund 65 000 RM sind 60 Hundertteile der Steuergrundbeträge erforderlich, wodurch sich die Umlage vom Steuergrundbetrug um 24 Pf auf 1,39 RM, vom Betriebsvermögen um 9,6 Pf auf 55,6 Pf und vom Gemeinvermögen um 1,80 RM auf 10,41 RM erhöht. Voraussetzung für die Vollzugserklärung dieses Nachtragsvoranschlags ist, daß der Bürgerausschuss über die Einführung der Viersteuer selbst Beschluß faßt, und daß die vorgesehenen Anleihen für die zusätzlichen Notstandsarbeiten, die eine Entlastung des ordentlichen Etats bringen, genehmigt werden. — Der Bezirksrat hat ferner die Nachtragsvoranschläge der Gemeinden Reich, Plankstadt und Reilingen festgesetzt und zum Vollzug erklärt.

Der Bürgerausschuss Müllheim genehmigte die Aufnahme eines Darlehens zur Beschäftigung der Wohlfahrtserwerbslosen in Höhe bis zu 10 000 Reichsmark. Die Zustimmung wurde mit 29 gegen 28 Stimmen erteilt. Die Nationalsozialisten haben geschlossen dagegen gestimmt. Nach Schluß der Sitzung kam es auf der Straße in der Nähe der Reichspost zwischen einem sozialdemokratischen Bürgerausschussmitglied und einem nationalsozialistischen Zuhörer zu einem Streit. Dabei wurde der Nationalsozialist, H. „Markgraf“, nach dem Boden geschlagen.

Der neue Bürgerausschuss in Neustadt i. Schw. nahm in seiner ersten Sitzung eine Feuerwehrausgabe an, der alle, die nicht bei der Feuerwehr dienen, im Alter von 20 bis 50 Jahren unterliegen. Ferner wurde die Gemeindeumlage für 1930/31 endgültig auf 180 Prozent der Steuergrundbeträge festgesetzt. Der Bürgermeister stellte für 1931/32 einen Einnahmehaushalt von 40 000 Reichsmark aus dem Wald und von 20 000 Reichsmark aus den Steuerüberweisungen in Aussicht. Durch Aufstellung eines allgemeinen einheitlichen Schuldenentlastungsplanes und bei einer Senkung des Hypothekenzinssatzes der Stadt. Sparkasse von 7,5 auf 7 Prozent sollen 20 000 Reichsmark eingespart werden. Durch Änderung des Stromtarifs wurde der Nachstrom auf 4 Reichspfennig ermäßigt. Die Stadt plant eine Reihe von Notstandsarbeiten.

Der Bürgerausschuss Kriberg genehmigte die Überleitung der staatlichen Realschule in eine Privatschule mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten.

Um die Erhaltung der Nebenbahn Neckarhofsheim—Hüffenhardt. Da sich der Verlust der Nebenbahn vergrößert hat, soll eine Summe von 20 000 Reichsmark garantiert werden. Die Kreise Mosbach und Heidelberg wollen die Hälfte übernehmen, während die beteiligten Gemeinden die andere Hälfte tragen sollen. Dagegen wehren sich die Bürgermeister der interessierten Orte; sie wünschen einen gerechteren Verteilungsschlüssel, der der Lage der Gemeinden Rechnung trägt.

Das neue und das alte Rathaus in Lichtenau (Amt Rehl). Der Bürgerausschuss beschloß nach Anhörung des bauleitenden Architekten, Ganser, Karlsruhe, und des Prof. Dr. Alfer, Karlsruhe, wegen der Überführung des Voranschlags beim Bau des neuen Rathauses, die Einführung einer erneuten Prüfungskommission mit 38 gegen 1 Stimme. Der Voranschlag von 122 000 Reichsmark wurde mit 80 388 Reichsmark überschritten. — Auch die zweite Verfertigung des alten Rathauses erbrachte nicht den gemeindlichen Voranschlag mit 5500 Reichsmark, da wiederum nur 4500 Reichsmark geboten wurden. Der Zuschlag wurde nicht erteilt.

Aus der Landesbauhauptstadt

Der Nordprozeß Märkle

Urteil 4 Jahre Zuchthaus

Nach vier tägiger Verhandlung wurde am Freitagabend vom Karlsruher Schwurgericht das Urteil im Prozeß Märkle gefällt. Frau Luise Märkle wurde nach dreistündiger Beratung wegen Beihilfe zum Mord zu vier Jahren Zuchthaus abzüglich einem Jahre Untersuchungshaft sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und der Revision verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Im ersten Prozeß im Mai v. J. war Frau Märkle bekanntlich freigesprochen worden. Die Anklage nahm das Urteil gefaßt entgegen. Vor dem Gerichtsgebäude erwartete eine tausendköpfige Menge das Urteil, das um 1/7 Uhr unter atemloser Stille Landgerichtspräsident Dr. Rudmann verkündete.

Nach der Anklagerede des Staatsanwalts, der, wie mitgeteilt, auf Verurteilung wegen Mittäterschaft zum Tode forderte, sprach der Verteidiger, Rechtsanwalt Zeit, Er vertrat nicht die moralische Schuld seiner Klientin. Er kritisierte scharf das Verhalten der Kriminalbeamten, die die Angeklagte zu ihren erotischen Zwecken benutzten. Der Verteidiger verneinte aber die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Frau Märkle und beantragte Freisprechung. Nach einer Replik des Staatsanwalts, in der er den Ausführungen des Verteidigers entgegen trat und einer Ermüdung des Verteidigers, zieht sich das Gericht zur Beratung zurück.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, unter Würdigung der Ergebnisse der Beweisaufnahme aus, daß das Gericht zur Auffassung gelangt sei, daß Frau Märkle gewußt hat, wozu das Gift bestimmt war. Diese Auffassung stütze sich im wesentlichen auf Erwägungen über das Verhalten der Märkle vor, während und nach der Tat. Mit erhobener Stimme richtete der Vorsitzende an Frau Märkle die Worte: „Sie sind nicht reinen Herzens unwissend schuldig, Sie sind unreinen Herzens wissend schuldig.“ Trotz schwerwiegender Verdachtsmomente habe sich das Gericht im Zweifelsfall zugunsten der Angeklagten entschieden und zur Beihilfe zum Mord angenommen, weil Frau Märkle dem Mörder durch Beschaffung des Giftes wesentlich Hilfe geleistet hat. Mit Rücksicht darauf, daß Werner die treibende Kraft war, und daß die Angeklagte als Persönlichkeit von verminderter Urteilsvermögen zu gelten hat, auch noch unbestraft ist, gelangte das Gericht zur Verurteilung von vier Jahren Zuchthaus, womit es nur unwesentlich über die Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus hinausging.

Die Ansammlungen vor dem Gerichtsgebäude in der Sieghausen- und Hans-Thoma-Straße am Freitagabend waren so stark, daß schließlich sogar berittene Polizei zur Regelung des Verkehrs herbeigezogen werden mußten. Unter den vielen Stunden Ausharrenden bemerkte man sogar Frauen mit kleinen Kindern auf dem Arm. Der Andrang der Neu- und Sensationsgierigen war noch an anderen Morgen aus einer Unmenge weggeworfener Zigarettenstummeln, Bombonnapacken, Obstkisten usw. ersichtlich, mit deren Beschaffung dann die Straßenreiner zu tun hatte.

Die Tarifverhandlungen im Groß- und Einzelhandel. Nach dem am Dienstag, den 20. Januar, mit den Arbeitgeberverbänden der Industrie eine Vereinbarung zustande kam, fanden am Mittwoch, den 21. Januar, mit dem Groß- und Einzelhandel zusammen ebenfalls Verhandlungen statt. Man verständigte sich beim Einzelhandel wie bei der Industrie auf der Grundlage, daß die Tarifgehälter unter 100 RM in der bisherigen Höhe bestehen bleiben. Alle übrigen Tarifgehälter werden um 5 Proz. gekürzt. Die Zulage für alleinstehende Ledige wurde auf 10 RM, die Zulage für Verheiratete auf 15 RM festgesetzt. Die Zusage des Einzelhandels zu dieser Vereinbarung ist erfolgt.

Geute Guarneri-Quartett. Die leichte Erkrankung von Professor Karpiwsky, die ihn zwei Tage am Geigen hinderte, ist vollständig behoben; so daß nun heute der 4. Kammermusikabend mit dem berühmten Guarneri-Quartett bestimmt stattfinden kann. Zur Aufführung gelangen drei Streichquartette: Borodini (1834—1887), Mozart und Schumann. Es sind noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81 (Fernruf 2577), und in der Buchhandlung Bielefeld, am Marktplatz, sowie ab 7 1/2 Uhr an der Abendkasse im Eintrachtssaal zu haben.

Eine Christof-Voll-Ausstellung in Karlsruhe. Ab 1. Februar veranstaltet der Badische Kunstverein eine Gesamtausstellung der Werke des Karlsruher Bildhauers Professor Christof Voll. Aus technischen Gründen findet diese Ausstellung in der Badischen Kunsthalle statt. Gleichzeitig werden daselbst als graphische Sonderausstellung 125 ausgewählte Neuerwerbungen des graphischen Kabinetts (im Gebiet des 19. und 20. Jahrhunderts) gezeigt werden.

Colosseumtheater. Die zur Zeit im Colosseumtheater stattfindenden internationalen Ringkämpfe zur Ausschcheidung um die Weltmeisterschaft 1931 haben einen glänzenden Besuch zu verzeichnen, der sich von Tag zu Tag steigert. Vor den Ringkämpfen wird ein ausgesuchtes Attraktions-Variete-Programm angeboten, so daß bei diesem Programm sowohl der Variete-Anhänger wie die Sportbegeisterten auf ihre Rechnung kommen. Am Sonntagmorgen 3 1/2 Uhr findet wiederum die beliebte Fremdenvorstellung statt, worauf besonders die auswärtigen Besucher aufmerksam gemacht werden. Auch bei der Nachmittagsvorstellung finden Ringkämpfe statt. Das Programm eignet sich auch gut für Kinder, da im Variete teil der 11-jährige Helmut Richterfeld seine Kraftleistungen, wie Zerreißen und Zerbrechen von Ketten, Wiegen von Banden zu Spiralen usw. zur Vorführung bringt. Die Eintrittspreise sind für sämtliche Vorstellungen bedeutend ermäßigt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Hinter dem abziehenden Regengebiet der englischen Zyklone sind wir in den Bereich feuchter Warmluft gelangt. Die veränderliche Witterung wird andauern. — **Vorausfrage:** Mild und meist trübe mit zeitweisen Regenfällen, lebhaft westliche Winde, Hochschwarzwald weitere Schneefälle.

Wasserstände. Waldshut 227 unverändert, Basel 85 —10, Schutterinsel 92 —2, Rehl 242 —10, Maxau 443 —13, Mannheim 879 —32, Caub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	24. Januar		23. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.09	169.43	169.11	169.45
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.31	112.53
Italien . . . 100 L.	22.005	22.045	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.399	20.439	20.405	20.445
New York 1 D.	42.035	42.115	42.040	42.120
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.469	16.509
Schweiz . . . 100 Fr.	81.31	81.47	81.32	81.48
Wien 100 Schilling	59.08	59.20	59.095	59.215
Prag . . . 100 Kr.	12.44	12.46	12.441	12.461

Der Privatdiskont wurde für kurze Sicht um 1/4 Prozent auf 4 1/2 Prozent erhöht, der für lange Sicht blieb unverändert 4 1/2 Prozent.

Gerichtssetzung des holländischen Diskontsatzes. Die Niederländische Bank, Amsterdam, hat ihren Diskontsatz von 3 auf 2 1/2 Prozent herabgesetzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen

In Baden bestehen zur Zeit 2610 Genossenschaften, die sich wiederum in 847 Kreditgenossenschaften, 1557 Waren-genossenschaften, 244 Molkereigenossenschaften, 36 Binger-genossenschaften und 126 sonstige Genossenschaften gliedern. Diese Genossenschaften sind zusammenschmolzen: 1. im Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden, e. V., Karlsruhe, 2. in der Badischen Landwirtschaftsbank (Dauersbank) e. G. m. b. H., Karlsruhe, 3. in der Badischen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, e. G. m. b. H., Karlsruhe.

5b. Weinheim, 23. Jan. Der Bierstreik, den die Weinheimer Wirte und Flaschenhändler einseitlich durchgeführt hatten, ist eingestellt, nachdem der Stadtrat einer Aufhebung auf Grund der vorgelegenen Ersatzsteuern nicht zugestimmt hat und außerdem der Landeskommissar auf Vorstellung des Gaubirtevereins infolge der gesetzlichen Bestimmungen die Gemeindesteuer nicht aufheben konnte.

5b. Freiburg i. Br., 23. Jan. Der Allgemeine Studenten-ausschuß der Universität Freiburg lehnte einen Antrag, aus der Deutschen Studentenschaft auszureißen, da sie einen zu starken Rechtskurs eingeschlagen habe, mit einfacher Mehrheit ab.

5b. Freiburg i. Br., 23. Jan. Unter ungewöhnlich großer Anteilnahme wurde der im Alter von 69 Jahren verstorbene Architekt und Baumeister Ludwig Mayer zur letzten Ruhe bestattet. Der Verstorbene war in seinen Fachkreisen eine führende Persönlichkeit. Er war Gründer des Landesverbandes Baden des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, dem er lange Jahre als Vorstand angehörte, und im Deutschen Arbeiterschaftsbund für das Baugewerbe in Berlin war er als Aufsichtsratsmitglied lange Jahre tätig.

5b. Willingen, 23. Jan. Der weit über die Stadt hinaus bekannte Großkaufmann Martin Oberle ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war in früheren Jahren auch Mitglied des Bürgerausschusses und des Kreisrats. Seit 35 Jahren war er Aufsichtsratsmitglied der Willinger Bank und seit 20 Jahren deren erster Vorsitzender.

5b. Freiburg i. Br., 23. Jan. In dem in der kommenden Woche zur Verhandlung kommenden Prozeß gegen die Bankiers Bürkle und Herling für den erstgenannten Rechtsanwalt Grumbach und für Herling Rechtsanwalt Dr. Ditschel die Verteidigung übernommen. Die Anklageschrift umfaßt 200 Schreibmaschinenseiten. Der Prozeß wird acht Tage in Anspruch nehmen.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt:

Landgerichtsdirektor Eduard Link in Mannheim zum Landgerichtspräsidenten in Offenburg, Oberwerkführer Hermann Stüber beim Erziehungsheim Schloss Flehingen zum Werkmeister, Oberaufseher Oskar Heilmann bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Oberwerkführer, Hilfsaufseher Gustav Weber beim Bezirksgefängnis II in Karlsruhe zum Aufseher.

Versetzt:

Gerichtsvollzieher Anton Fuhs beim Amtsgericht Meßkirch zum Amtsgericht Pforsheim und Aufseher Josef Rindinger bei den Strafanstalten in Freiburg zum Bezirksgefängnis Schopfheim.

Zurückgenommen:

Die Versetzung des Aufsehers Josef Hug bei den Strafanstalten in Freiburg zum Bezirksgefängnis Schopfheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Inspektor Wilhelm Schill bei den Strafanstalten in Mannheim.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Der bisherige Landgerichtsrat Dr. Wilhelm Hört in Karlsruhe beim Oberlandesgericht, die Gerichtsassessoren Dr. Sigmund Jekelmann beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforsheim und Werner Schoenemann beim Landgericht Heidelberg.

Finanzministerium

Ernannt:

Finanzassistent Anton Blaz zum Finanzsekretär.

Planmäßig angestellt: Als Verwaltungsassistent der Büroanwärter Karl Jung beim Bezirksbauamt Freiburg.

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes: Oberforstrat Adolf Kaupp in Kirchzarten, Förster Christian Albrecht in Wildtal.

Wegen leidender Gesundheit: Forstsekretär Sebastian Lehn in Philippsburg.

Gestorben: Bauinspektor Josef Rehm beim Bezirksbauamt Waldshut.

Badisches Landes-theater

Spielplan vom 26. Januar bis 2. Februar 1931. Sonntag, 26. Januar. Volksbühne: Januar-Vorstellung. Das Lamm des Armen. Tragikomödie von Zweig. 19.30—22 (5 RM).

Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. Dienstag, 27. Januar. * B 14. Th.-Gem. 1201—1300. Zum Gedächtnis von Mozarts Geburtstag vor 175 Jahren: Die Zauberflöte. 20—23 (7 RM).

Mittwoch, 28. Januar. 6. Sinfoniekonzert. Solistin: Luise Schatt-Eberts (Klavier). 20—21.30 (5 RM). Donnerstag, 29. Januar. * D 16 (Donnerstagsmiete). Wilhelm Tell. Von Schiller. 19—21.45 (5 RM).

Freitag, 30. Januar. * F (Freitagmiete). Th.-Gem. I. C. G. Leben des Dreff. Oper von Krenel. 20—23 (7 RM). Samstag, 31. Januar. G 15. Th.-Gem. 801—900 und 901—1000. Elisabeth von England. Schauspiel von Bruckner. 20—22.45 (5 RM).

Sonntag, 1. Februar. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel, nach Herr und Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 15—17.45 (3,50 RM). Abends: * A 14. Leben des Dreff. Oper von Krenel. 19.30—22.30 (8 RM).

Montag, 2. Februar. Das Konto X. Von Bernauer und Dösterreicher. 20—22.45 (5 RM).

Im Städtischen Konzerthaus: Sonntag, 25. Januar. * Zum erstenmal: Wie werde ich reich und glücklich? Operette von Spoliansky. 19.30—nach 22 (3,50 RM).

Sonntag, 1. Februar. * Wie werde ich reich und glücklich? Operette von Spoliansky. 19.30—nach 22 (3,50 RM).

Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landes-theaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388 und Kunststufstelle des Verehrersvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420. Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 508.

Saison-Reklame 1931

Buchdruck
Offsetdruck
Steindruck
Kupfertiefdruck

Kur- und Verkehrs-Vereine

Hotels, Erholungsheime

erhalten unverbindlich
Kostenvoranschläge, Entwürfe
usw. für die Herausgabe zug-
kräftiger Reklamedrucksachen

G. Braun, G. m. b. H.

Karlsruhe in Baden
Karl-Friedrich-Straße 14
Telefon Nr. 952, 953, 954

Man verlange Vertreterbesuch

Anzeigen in der KARLSRUHER ZEITUNG

(Badischer Staatsanzeiger)

haben großen Erfolg!

Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft MÖLBERGER M. B. H.

Kontor: Amalienstr. 25, Ecke Waldstraße. Telefon 244, 245, 1572

KOHLLEN * KOKS * BRIKETT * GRUDE * BRENNHOLZ

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Ich habe mich in Karlsruhe als
Rechtsanwalt

niedergelassen und bin beim Amts- u. Landgericht Karlsruhe, sowie bei der Kammer für Handelssachen in Pforsheim, zugelassen. Meine Büroräume habe ich gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt Karl Peter im Hause Kaiserstr. 241 a. Telefon Nr. 2732

Dr. Albert Krämer

Rechtsanwalt. K. 926

Gewinnliste der 2. Offenbacher Geldlotterie zug. des Deutschen Rederemusums in Offenbach a. M.

Bei der am 9. Januar 1931 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei gezogenen Gewinnbeträgen gezogen:

A Gewinnlose von 50 bis 4000 RM.: 12084 (100) 19765 (50) 23106 (50) und 26416 (100) 23306 (4000) 49519 (500). —

B Gewinnlose in 10 Rufen: 4959 9413 14795 17353 21535 23513 23619 33292 46397 11992 15299 17797 30003 30149 51123 53656 55570 60990 63724 68598. — C Gewinnlose in 5 Rufen: 1427 4129 4215 5154 5585 7289 11843 11900 11921 12305 14454 14894 15349 15907 17314 17350 19613 21309 21454 23238 23527 23573 25066 25705 30689 30678 31054 31667 32441 33576 34192 36093 37064 37377 38849 41905 41998 43515 43628 43891 44012 45541 48900 49443 49847 52823 54899 55291 55590 55741 62296 64423 67497 67438 69636 69897 70806 70719 71374 71853. — D Gewinnlose in 3 Rufen: 485 1474 2338 3403 3862 4335 5124 5319 5613 5616 5854 7450 8298 8512 8067 9531 9592 10461 10506 11424 12514 14020 14054 21381 21897 22680 23507 27756 28033 28189 28925 30185 30258 30981 31000 32646 34299 36187 37182 37398 37256 37475 38956 39173 39450 39594 39773 39901 40532 41421 42154 42646 42740 45559 45610 45942 46427 46806 47365 48130 48824 49089 51283 53470 55241 55833 56018 56428 57632 57808 58653 60018 60393 60887 61147 61846 62128 62582 64245 64960 65098 65282 65367 66444 66757 67309 68872 70941 70935 73579 73992 74376 75999 76021 78210 79472 79524 79876 79936. — E Sämtliche Nummern mit nachfolgenden Gehälften gewinnen je 2 Rufen: 031 163 350 600 614 712; ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Rufen: 4677 8845 13253 13394 15662 18274 20692 21070 22574 39897 46119 46498 63070 67478 68296 69274 70467 73192 73232 75482 77689 78727. — F Sämtliche Nummern mit nachfolgenden Gehälften gewinnen je 1 Rufen: 046 087 097 127 143 170 198 197 227 259 315 397 444 446 494 501 525 559 561 598 610 630 610 8294 12131 20632 13127 13688 13640 18387 19161 23056 24813 25505 25530 27784 33617 33887 40391 47115 47299 49096 52661 52845 62838 65226 69289 70970 72339 73748 75939 76106 76813 76828 79727. Die Ausziehung erfolgt durch: Eberhard Feher, Karlsruhe i. B., Kreuzstraße 25.

Die Stadt Durlach hat um die wasserpolizeiliche Genehmigung zur Regulierung des Hausen- und Weseitigung des Riffengraben auf Gemarkung Durlach nachgefragt. Das Nähere ergibt sich aus der Beschreibung und den Plänen, die bis zum 15. Februar 1931 auf dem Bezirksamt hier — Zimmer 55 — und auf dem Rathaus in Durlach zur Einsicht offen liegen. R. 247. Einsprachen sind bis zu dem genannten Zeitpunkt beim Bezirksamt oder bei dem Herrn Oberbürgermeister in Durlach vorzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten; hierbei wird darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Karlsruhe, den 20. Januar 1931. D. 3. 9
Bad. Bezirksamt — Abt. II.

Betr. Jagdverpachtungen

Die meisten badischen Jäger sind abonniert auf „Der Deutsche Jäger“, München (älteste deutsche Jagdzeitung), offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforsheim, Karlsruhe, Kastell, Waden-Baden, Neß-Offenburg, Kirzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Lörrach und Konstanz; Also das geeignete Ankündigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen. Probenummer kostenlos. Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer G. m. b. H., München C. 2.

„CERES“ Reform-Gaststätte

Kaiserstraße 56, 1. Treppe

Große Mittag- und Abendkarte

Täglich die beliebten
Feinkost-Spezialgerichte

Mäßige Preise Kein Trinkzwang
Inhaber: R. Kirsten K. 930

Bürgermeisters

der Stadtgemeinde Schopfheim i. B. ist neu zu bezeichnen. Bewerber, welche über umfassende Kenntnisse auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung verfügen, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis spätestens 1. Febr. 1931 unter Angabe der Gehaltsansprüche an den Gemeinderat einreichen. Personl. Vorstellung ohne Aufforderung nicht erwünscht. Schopfheim, den 22. Januar 1931.
Der Gemeinderat. J. B.: Ruf.

Badisches Landes-theater

Sonntag, den 25. Jan. 1931
Nachmittags
8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Das Lamm des Armen

Tragikomödie von Stefan Zweig
Regie: Waumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Dahlen,

Gemeinde, Graf, Hiert, Höder, Gospat, O. Kienischer, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Luther, S. Kienischer, Müller, Seibert

Anfang 19 1/2, Ende 17 1/2, Preise 0,50—3,50 RM

Abends
* C 14. Th.-Gem. III. C.-Gr. I. Hälfte
Neu einstudiert:
Die Zauberflöte
Von Mozart
Dirigiert: Krups
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Esselgroth, Franz, Fischbach, Habertorn, Reich-Dörich, Schöning, Winter, Hellmuth, Reichmann, J. Gröbinger, Gospat, Kainbach, Meier, Köfer, Krenting, Schoepflin, Schuster

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2, Preise D (1—8 RM)

Das Lamm des Armen

Tragikomödie von Stefan Zweig
Regie: Waumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Dahlen, Gemeinde, Graf, Hiert, Höder, Gospat, O. Kienischer, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Luther, S. Kienischer, Müller, Seibert

Anfang 19 1/2, Ende 22, Preise A (0,70—5 RM)

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 25. Jan. 1931
Zum erstenmal

Wie werde ich reich und glücklich?

Operette von Spoliansky
Dirigiert: Reilberth
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Genter, Janz, Ademacher, Seiling, Seiberlich, Brand, Gemeinde, Graf, Jutz, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Grimm, S. Kienischer, Müller, S. Kibinius

Anfang 19 1/2, Ende nach 22, I. Parlett 3,50 RM